

| |
|----------------------|
| NIEDERSCHRIFT |
|----------------------|

Gremium: Gemeinde Karlsfeld
Hauptausschuss Nr. 011

Sitzung am: Dienstag, 15. Dezember 2015

Sitzungsraum: Rathaus, Großer Sitzungssaal

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 19:05 Uhr

Anwesend:

Abwesend:

Tagesordnung

2. Bürgerhaus Karlsfeld; Erhöhung der Raummieten
- Beschluss

3. Jugendsozialarbeit (JaS) an den Grundschulen in Karlsfeld;
- Sachstandbericht zum Prüfauftrag
- weiteres Vorgehen

Hauptausschuss
15. Dezember 2015
Nr. 076/2015

Niederschriftauszug

Bürgerhaus Karlsfeld; Erhöhung der Raummieten
- Beschluss

Sachverhalt:

Auf die Vorberatung in der Hauptausschusssitzung vom 17.11.2015 wird verwiesen. Die im Gremium besprochenen Änderungsvorschläge wurden in der aktuellen Präsentation, die Beilage der Ladung ist, berücksichtigt:

- Wie bisher werden drei Tarifgruppen beibehalten
- Die Raummiete wird für alle drei Tarifgruppen zum 01.01.2016 um jeweils 30 % erhöht
- Für Probenstage werden 25% der regulären Raummiete angesetzt
- Es gelten folgende Extratarife: Für das Puppentheater 150 EUR und die Abschlussbälle (Abitur) 400 EUR
- Zu der kostenfreien Grundausstattung von Standmikrofon und Rednerpult können Technikpakete in zwei Größenordnungen zu 75 EUR bzw. 150 EUR hinzugebucht werden

Finanzelle Auswirkungen:

Bei ähnlichen Belegungszahlen sind Mehreinnahmen von mindestens 7.000 EUR zu erwarten.

Die in der anschließenden Diskussion gestellten Fragen werden beantwortet.

Beschluss:

Der Hauptausschuss beschließt die Raummieten zum 01.01.2016 jeweils um 30 % zu erhöhen und Probenstage mit 25 % der regulären Kosten zu berechnen. Für das Puppentheater, die Abibälle und die Technikpakete gelten die vorgeschlagenen Tarife. Nach zwei Jahren findet eine erneute Überprüfung statt. Bisherige Ermäßigungen werden beibehalten.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| anwesend: | 11 |
| Ja-Stimmen: | 11 |
| Nein-Stimmen: | 0 |

Hauptausschuss
15. Dezember 2015
Nr. 077/2015

Niederschriftauszug

Jugendsozialarbeit (JaS) an den Grundschulen in Karlsfeld;
- Sachstandbericht zum Prüfauftrag
- weiteres Vorgehen

Sachverhalt:

Am 10.09.2013 erging an die Verwaltung der Gemeinde Karlsfeld der Prüfauftrag (CSU-Fraktion) die Möglichkeiten einer Einführung von Jugendsozialarbeit an den Karlsfelder Grundschulen zu untersuchen.

In der Sitzung des Hauptausschusses vom 20.01.2014 wurden drei Wege der Einführung und Finanzierung vorgestellt. Der Hauptausschuss beschloss, dass Weg 1 und 2 parallel zu prüfen sind und dem Hauptausschuss die Ergebnisse präsentiert werden sollen. (Weg 1 Finanzierung über die JaS-Förderung des Landes Bayern; Weg 2 Finanzierung über den Landkreis Dachau) Der Landkreis Dachau hat festgestellt, dass eine Förderung von Stellen der Jugendsozialarbeit an Grundschulen in Karlsfeld nicht im Sinne des Landkreises und der Förderrichtlinien des Freistaates Bayern sind. Auf das Schreiben des Landkreises vom 11.11.2015 im Anhang wird hingewiesen. Wir werden also aktuell keine geförderten Stellen bekommen.

Bei der Verbandsgrundschule würde unter Umständen eine Förderung durch die Stadt München infrage kommen, wenn auch nur für Münchner Schülerinnen und Schüler. Während des Telefonates mit der zuständigen Sachgebietsleiterin beim Stadtjugendamt München am 03.12.2015 wurde signalisiert, dass eine alleinige Förderung durch die Stadt an einer Verbandsgrundschule unüblich ist.

Sollte die Schulleiterin der Verbandsgrundschule dennoch an diesem Vorgehen interessiert sein, ist durch die Schule ein formloser Antrag beim Stadtjugendamt zu stellen.

Im Beschluss der Hauptausschusssitzung vom 20.01.2014 wurde formuliert, dass wenn Weg 1 und 2 nicht zum Tragen kommen, eine grundsätzliche Diskussion über eine Förderung von Stellen der sozialen Arbeit an Grundschulen aus Mitteln der Gemeinde Karlsfeld zu führen ist.

Der **1. Bürgermeister** erklärt dazu, dass dieses Thema auch im Kreistag diskutiert wurde. Wir haben damals auch aus Karlsfelder Sicht etwas dazu gesagt, aber dies ist nicht auf fruchtbaren Boden gefallen. Wir werden letztendlich dafür „bestraft“, dass wir relativ gute Zahlen haben. Dadurch sind andere Kommunen in die Auswahl gekommen bzw. uns vorgezogen worden.

Anschließend wurde über dieses Thema, wie wir weiter verfahren sollen, diskutiert.

Von Seiten des Gremiums wird festgestellt:

- Wenn man die blanken Zahlen anschauen würde, wäre bei uns durchaus mindestens genauso ein Potential für Problemjugendliche vorhanden wie in den anderen Landkreisgemeinden.
- Die guten Zahlen sind auch das Ergebnis unserer Beschlüsse im Gemeinderat in den letzten Jahren/Jahrzenten und unsere Arbeit in der Verwaltung.
- Man hätte durchaus auch im Jugendhilfeausschuss, der die Vorarbeit zu diesem Thema geleistet hat, noch andere Kriterien heranziehen können. Es könnte z.B. auch das Thema Migrationshintergrund in den Schulen ganz deutlich herausgestellt werden, dies ist hier offensichtlich überhaupt nicht berücksichtigt worden.
- Der Bedarf besteht durchaus weiterhin. Das Thema sollte weiter bearbeitet und die Diskussion mit den Grundschulleitern weitergeführt werden.
- Aus der Sicht der Verbandsgrundschule ist dies ein niederschmetterndes Ergebnis, da der Bedarf an Jugendsozialarbeitern von Schuljahr zu Schuljahr steigt:
In der Verbandsgrundschule sind insgesamt 332 Schüler in 14 Klassen. In den dritten Klassenstufen sind Klassenstärken bis zu 28 Schüler und damit an der Obergrenze. Der Migrationsanteil beträgt dort mittlerweile 62 %. Dies wird überhaupt nicht berücksichtigt. Außerdem gibt es immer mehr Schüler mit Verhaltensauffälligkeiten. Die Sozialraumanalyse ist bezogen auf ganz Karlsfeld und nicht nur auf den Schulsprengel der Verbandsgrundschule.
Die Werte des Schulsprengels der Verbandsgrundschule werden total verwässert durch die Werte der ganzen Gemeinde Karlsfeld. Man sollte die Werte der Stadt München mit einfließen lassen. D.h. sie fallen da völlig heraus und finden keine Berücksichtigung. Dies kann so nicht akzeptiert werden.
Die Eltern sollten Druck ausüben, zumal das Münchner Jugendamt sich durchaus an einer Jugendsozialarbeitsstelle beteiligen würde. Sie haben dies bereits signalisiert, dass sie mitzahlen, aber es muss eine Zusammenarbeit zwischen dem Landratsamt Dachau und München stattfinden und diese hat nicht stattgefunden.
- Es werden Bedenken geäußert, in die komplette Eigenfinanzierung einzusteigen aufgrund unserer Haushaltslage und aufgrund der Situation, dass wir dann aus allen Förderungen wahrscheinlich für immer herausfallen.
- Eine Grundsatzdiskussion im Jahr 2016 wird für notwendig erachtet. 2017 kann wieder ein Antrag gestellt werden.
- In der Diskussion wird die Sicht von Seiten der Kreisräte / Kreistag und deren Problematik dargelegt.

Der **1. Bürgermeister** würde ebenfalls dazu neigen, eine Grundsatzdiskussion mit den Schulleitungen vorzubereiten. Nach dieser werden wir uns weitere Schritte überlegen.

In der Gemeinde haben wir zwei Besonderheiten:

- Grundschule an der Krenmoosstraße – hier können wir selbst was tun,
- Schulverband – hier müssen mit der Stadt München Absprachen getroffen werden.
In der Verbandsgrundschule sind 35 % der Schüler aus der Stadt München.

Vorschlag: Grundsatzdiskussion führen mit den Schulleitungen und mit der Nachfolgerin von Herrn Wamprechtshammer. Dieses Thema sollten wir nicht aus den Augen verlieren.

Weitere Fragen zur „Jas“ und „Schulsozialarbeit“ werden von Herrn Haberl näher erläutert.

Zusammenfassend stellt der **1. Bürgermeister** fest, dass im Gremium allseits eine Grundsatzdiskussion befürwortet wird.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Schulleitern der Grundschulen, eine Grundsatzdiskussion vorzubereiten.

Weiter ist vorgesehen, die neue Leiterin vom Jugendamt in Dachau zum Gespräch mit einzuladen, um über dieses Thema weiter zu diskutieren.

Anschließend müssen wir unsere eigenen Schlüsse daraus ziehen, ob wir die Jugendsozialarbeit selber finanzieren und u.U. auf mögliche Förderungen verzichten.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|---------------|----|
| anwesend: | 12 |
| Ja-Stimmen: | 12 |
| Nein-Stimmen: | 0 |